

Österreichische Stellungnahme zum 1. Entwurf der Europäischen Kommission für eine überarbeitete VO über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des AEUV auf De-minimis Beihilfen

Die österreichischen Behörden bedanken sich bei der Europäischen Kommission (EK) für die Gelegenheit, zum 1. Entwurf der EK für eine überarbeitete De-minimis VO Stellung zu nehmen.

I. ZUSAMMENFASSENDE ANMERKUNGEN

Wie in Erwägungsgrund 1 der derzeit gültigen De-minimis VO¹ erwähnt, handelt es sich bei De-minimis Förderungen um Beträge, die grundsätzlich nicht geeignet sind, den Wettbewerb im Binnenmarkt zu verzerren. Sie werden daher als Maßnahmen angesehen, die nicht alle Merkmale für das Vorliegen einer Beihilfe im Sinne des Art. 107 Abs. 1 AEUV erfüllen.

Entsprechend unterliegen De-minimis Förderungen nicht den beihilferechtlichen Verpflichtungen, wie etwa der ex-ante Notifikations- oder den ex-post Berichterstattungspflicht an die EK.

Die Einführung von neuen administrativen Bürden, vor allem der konkrete Vorschlag der EK für ein neues, verpflichtendes Register auf nationaler oder EU-Ebene, in dem jede einzelne De-minimis Förderung zu verzeichnen wäre, ist nicht rechtfertigbar, unverhältnismäßig, überschießend und mit den Gegebenheiten eines föderalen Förderwesens schwer realisierbar. Wie bereits im 1. Beratenden Ausschuss am 14.12.2022 mündlich dargelegt, wäre die Errichtung eines eigenen nationalen De-minimis Registers, das alle De-minimis Einzelförderungen von allen lokalen, regionalen und nationalen Behörden vollständig und zeitnah erfassen würde, in einem Rechtsstaat, in dem das föderale Förderwesen verfassungsmäßig verankert ist, gar nicht einfach umsetzbar und wird abgelehnt.

¹ VO (EU) Nr. 1407/2013 der EK vom 18.12.2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des AEUV auf De-minimis-Beihilfen. (ABl. L352 vom 24.12.2013, S.1.)

Der derzeit zulässige De-minimis Höchstbetrag von € 200.000.- pro Unternehmen innerhalb von 3 Steuerjahren besteht seit 2006.²

Die von der EK in ihrem 1. Entwurf vorgeschlagene Erhöhung für die nächsten Jahre auf € 275.000.- pro Unternehmen innerhalb von 3 Jahren ist bescheiden. Eine Erhöhung auf zumindest € 300.000 innerhalb von 3 Steuerjahren wäre angemessen und zweckmäßig.

II. ANMERKUNGEN IM DETAIL

II.1. Keine zusätzlichen administrativen Verpflichtungen

Unstrittig ist, wonach eine De-minimis Förderung auf Grund der Geringfügigkeit des Gesamtbetrages grundsätzlich nicht geeignet ist, den Handel zwischen den MS und den Wettbewerb im Binnenmarkt zu verzerren. Es sind somit nicht alle Merkmale für das Vorliegen einer „staatlichen Beihilfe“ gemäß Art. 107, Abs. 1 AEUV erfüllt.

Es wurde seitens der EK nichts vorgebracht, wonach die seit 1996³ bestehenden und bewährten Modalitäten der bisherigen De-minimis Regelungen zu irgendwelchen von der EK festgestellten, nennenswerten Missbräuchen oder unerwarteten Binnenmarktverzerrungen geführt hätten.

In Österreich, in einem föderalen Staat gilt das EU-Beihilferecht direkt und unmittelbar. Für die (beihilfe-) rechtskonforme Ausgestaltung und Abwicklung sind im Rahmen des Föderalismus und der Privatwirtschaftsverwaltung jene Behörden und deren beauftragte Abwicklungsstellen direkt verantwortlich, in deren Zuständigkeit die Maßnahme fällt.

Der Förderwerber wird im Fördervertrag verpflichtet, die explizit genannten beihilferechtlichen Bedingungen, Voraussetzungen und Obergrenzen einzuhalten, ansonsten besteht eine Rückzahlungspflicht. Das föderale Fördersystem hat bis dato auf den jeweiligen zuständigen lokalen, regionalen und zentralen Ebenen in der Regel gut funktioniert.

² VO (EG) Nr. 1998/2006 der EK vom 15.12.2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis“-Beihilfen, ABL. L 378 vom 28.12.2006, S.5.

³ Mitteilung über De-minimis Beihilfen, ABL. C 68 vom 6.3.1996, S.9.

Es gibt keine Rechtfertigung aus Sicht der Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt iSv Art 107 AEUV für ein verpflichtendes, zentrales Register aller De-minimis Förderungen, die grundsätzlich nicht geeignet sind, den Binnenmarkt zu verzerren.

Ein unvollständiges Register (etwa auf Grund von unvollständigen Daten der vielen verschiedenen lokalen, regionalen und zentralen Förderstellen) wäre zudem untauglich, vielmehr würde es zu Rechtsunsicherheiten führen, da ein unvollständiges Register keine verlässlichen Informationen über die tatsächlich zugesagten Förderungshöhen für ein Unternehmen liefern kann.

II.2. De-minimis Höchstbetrag

Die EK sieht in ihrem 1. Entwurf eine geringe Erhöhung des De-minimis Grenzbetrages von € 200.000.- auf € 275.000.- pro Unternehmen innerhalb von 3 Steuerjahren vor.

Im Lichte der zwar unterschiedlichen, jedoch hohen Inflationsraten und Kostensteigerungen, die mutmaßlich länger andauern werden, sollte die Anhebung höher sein. Wie Unterlagen der Statistik Austria belegen hat sich etwa der Baupreisindex im Hochbau seit 2014 um fast 48% erhöht, seit 2020 sogar um 25%. Eine Trendumkehr ist angesichts der hohen Energiepreise und Lieferkettenproblem nicht so schnell in Sicht.

Eine Erhöhung des De minimis Grenzbetrages auf zumindest € 300.000.- innerhalb von 3 Steuerjahren wäre sinnvoll.

Die österr. Behörden ersuchen die EK, die Anmerkungen entsprechend zu berücksichtigen.